

Freibrief für ein militarisiertes Europa

IN DER DEBATTE über die sogenannte EU-„Verfassung“ wird, wie vor kurzem von den 66 Befürwortern des „Verfassungsvertrages“ zu vernehmen war, mit den kuriosesten Argumenten operiert, so etwa dieser Text sei für Europa eine einmalige Chance, friedensorientierten Bestimmungen verfassungsrechtlichen Rang zu geben. Gerade die Schaffung des einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes hätten uns 60 Jahre Frieden, Demokratie und Wohlstand ermöglicht. Die im Entwurf vorgeschriebene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten könnte ja auch zu einer Reduktion der Rüstungsausgaben führen. Eine kurze Analyse zweier Kernideen der „Verfassung“ widerlegt jedoch diese naiven Thesen.

Auf den ersten Blick scheinen ihre Verfechter recht zu haben: in Artikel I-3 wird eine ganze Palette nobler Ziele aufgezählt, wie z.B. Frieden, Sicherheit, globale nachhaltige Entwicklung, usw. Sogar auf die „Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“ (Art. 3-4) wird hingewiesen. Doch ein genaueres Studium anderer Artikel der „Verfassung“ zerschlägt diese pazifistische Seifenblase sehr schnell. Schon in den Artikeln I-12 und I-14 wird der

äußerst problematische Begriff der europäischen „Verteidigungspolitik“ näher definiert. Er umfasst, ganz entgegen Artikel 51 der UN-Charta, eben nicht nur die kollektive Selbstverteidigung. Jedes Mal wenn diese Charta erwähnt wird, fällt auf, dass sie nur dem Geiste nach angewendet werden soll. Einen völkerrechtlich bindenden Charakter bekommt der Grundsatz der Selbstverteidigung nicht. Das Gewaltverbot des Artikels 2 (4) der UN-Charta schreibt vor, dass über einen „Kampfeinsatz zur Krisenbewältigung“ in jedem Fall allein der Sicherheitsrat (Kap. VII) zu entscheiden hat. Der „Verfassung“ nach beschließt der Ministerrat und eben nicht die UNO über Umfang, Zielsetzung und Durchführung militärischer Einsätze. Schon der Europäische Rat von Helsinki 1999 erlaubte der EU, weltweit Einsätze ihrer Truppen autonom durchzuführen – mit oder ohne Völkerrecht.

Mit oder ohne Zustimmung des Europäischen Parlamentes. Diese Selbstmandatierung für „friedensschaffende“ Missionen auf der ganzen Welt als völkerrechtlichen Durchbruch zu verkaufen, ist in höchstem Masse zynisch. Wie weit die von Chirac und Schröder vor und

während des letzten Irak-Krieges herbeigeredete Autonomie gegenüber den US-amerikanischen Pentagon-Strategen reichen wird, wird in der „Verfassung“ in einer Reihe von expliziten Regelungen über die Zusammenarbeit mit der (von den USA dominierten) NATO ersichtlich, so z.B. in Artikel I-40-7. Besonders die vier Nicht-NATO-Staaten Finnland, Irland, Österreich und Schweden, die bis jetzt beim präventiven bzw. nachsorgenden „Peacekeeping“ (Zivilpolizei, Zivilverwaltung) den Scherbenhaufen der kriegsführenden Armeen aufräumen, bekommen dadurch eine NATO-Mitgliedschaft „light“.

Ein zweites Argument der Jasager ist ebenso leicht zu widerlegen. In Artikel 309 (1) geht zwar die Rede von gemeinsamen „Abrüstungsmaßnahmen“ der EU-Mitgliedsstaaten. Doch die Hoffnung auf Abrüstung ist genauso im Reich der Illusionen beheimatet. Die dem Rat unterstellte „Europäische Verteidigungsagentur“ (Art.I-40), die schon seit 2004 besteht, ist in Wahrheit ein Aufrüstungssamt. Eine konkrete, rechtlich bindende Verpflichtung zur Abrüstung oder Konversion militärischer Produktionskapazitäten in zivile

Anwendungen findet man in keiner Zeile. Schlimmer noch: in Art. I-41 werden die EU-Staaten dazu gezwungen, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Somit bekommt die Verpflichtung zur Aufrüstung Verfassungsrang. Das Rüstungssamt soll dies alles kontrollieren, zur „Stärkung der industriellen und technologischen Grundlagen“, d.h. zwecks einer besseren Koordinierung der Ausgaben der einzelnen EU-Staaten für die Rüstungsbranche.

Der Verfassungsvertrag baut also nicht ausschließlich auf friedliche Lösungen von Konflikten. Ganz im Gegenteil: die militärischen Mittel werden als gleichrangige Option offen gehalten und mit zivilen vermischt. Verteidigungsminister Frieden dementierte zwar im Mai dieses Jahres, dass „Europa kein Europa mit militärischer Dimension werden soll“.

Zugleich betonte er aber, dass „Europa eine Außenpolitik wünscht, in der die Verteidigungsdimension eine wichtige Rolle spielt“. Eine genauso wichtige Rolle wie die Profite der größten europäischen Rüstungskonzerne auf dem globalisierten Waffenmarkt.